MEIN Norddeutschland
NACHRICHTEN AG
12. Juli 2025

Niedersachsen kämpft gegen jährliche TÜV-Pflicht für alte Autos!

Niedersachsen kritisiert EU-Vorschlag zur jährlichen TÜV-Hauptuntersuchung älterer Autos. Minister Lies äußert Bedenken zur sozialen Wirkung.

Niedersachsen, Deutschland - In der Automobilbranche tut sich etwas, das viele Autofahrer in Niedersachsen aufhorchen lässt. Am 12. Juli 2025 wurde ein neuer Vorschlag der EU-Kommission bekannt, der eine jährliche Hauptuntersuchung (HU) für Fahrzeuge älter als zehn Jahre vorsieht. Dieser Plan zielt darauf ab, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und unsichere Fahrzeuge von den Straßen zu bekommen. Doch nicht jeder ist von diesem Vorschlag begeistert.

Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) äußert klare Bedenken und stellt fest, dass die Fahrzeugflotte in Deutschland modern und gut gewartet ist. Viele Menschen, vor allem solche mit geringem Einkommen, sind auf ältere Gebrauchtwagen angewiesen. Diese

Pläne könnten also für viele eine zusätzliche finanzielle Belastung darstellen, wie der Minister betont. In Niedersachsen formiert sich Widerstand gegen die Idee. Politiker von SPD, CDU und FDP zeigen sich skeptisch und fordern eine Überprüfung der Notwendigkeit dieser jährlichen Inspektion.

Kritik an den Plänen

CDU-Politiker David McAllister meldet sich ebenfalls zu Wort und warnt vor den möglichen Folgen. Eine jährliche Inspektion würde nicht nur mehr Aufwand und Kosten verursachen, sondern laut ihm auch nicht nachweislich die Sicherheit verbessern. Tatsächlich zeigt eine Analyse des Kraftfahrt-Bundesamts, dass die Mängelquote bei älteren Autos ansteigt. Heutzutage bestehen 94% der Fahrzeuge, die 3 bis 5 Jahre alt sind, die HU ohne Mängel, während bei Fahrzeugen über neun Jahren nur 54% ohne Beanstandungen durchkommen.

Die EU-Kommission verfolgt mit ihrem Vorschlag ein ehrgeiziges Ziel: die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten bis 2030 um 50% zu reduzieren. Sie weist darauf hin, dass ältere Fahrzeuge sowohl pannenanfälliger sind als auch häufiger in Unfälle verwickelt werden. Die geplante Regelung muss jedoch zunächst vom Europäischen Parlament und den EU-Mitgliedstaaten genehmigt werden, bevor sie in Kraft treten kann.

Langfristige Ziele und Veränderungen

Um die Verkehrssicherheit zu verbessern, plant die EU auch weitere Änderungen im Prüfprozess. So sollen zum Beispiel technische Inspektionen für Elektrofahrzeuge eingeführt werden, die die Sicherheitssysteme und relevante Software überprüfen. Außerdem wird ein Fokus auf neue Emissionsprüfmethoden gelegt, um manipulierte Fahrzeuge besser zu entdecken. Die Vorschläge beinhalten zudem eine Digitalisierung von Fahrzeugpapieren und eine grenzüberschreitende Anerkennung von Prüfbescheinigungen innerhalb der EU.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass in Deutschland mehr als 23 Millionen Pkw von diesen Regelungen betroffen wären, was rund 47,1% des Gesamtbestands ausmacht. Die durchschnittlichen Kosten für Hauptuntersuchungen liegen momentan zwischen 143 und 164 Euro, was jährliche Aufwendungen von bis zu 3,8 Milliarden Euro bedeuten kann. Doch Experten wie der ADAC warnen davor, dass technische Mängel weniger als 1% der tödlichen Unfälle ausmachen. Sie fordern detailliertere Datenerhebungen, um die Notwendigkeit der jährlichen HU besser zu untermauern.

Abschließend lässt sich sagen: Die Diskussion über die Hauptuntersuchung ist entbrannt und die unterschiedlichen Ansichten sind deutlich zu spüren. Ob der Vorschlag der EU am Ende durchgewunken wird oder nicht, bleibt abzuwarten, doch eines ist sicher: Hier geht es um die Sicherheit auf unseren Straßen und die Entlastung der Autofahrer.

Mehr über die Hintergründe des Vorschlages erfahren Sie bei News38, beim ADAC und auf Auto Motor und Sport.

Details	
Ort	Niedersachsen, Deutschland
Quellen	• www.news38.de • www.adac.de • www.auto-motor-und-sport.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.com